

Berlin, 27. März 2026

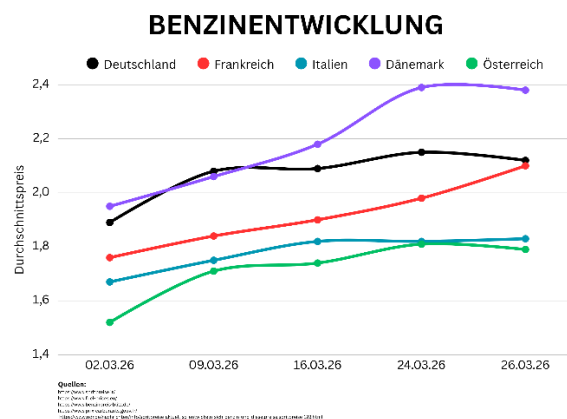
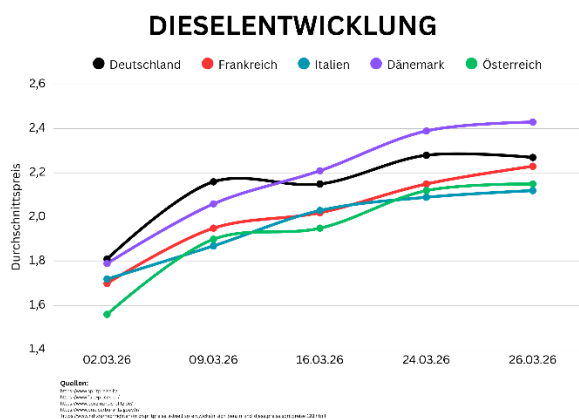
Gemeinsames Pressestatement

Anlässlich der dritten Sitzung der Task Force „Wirtschaftliche Auswirkungen des Iran-Krieges“ erklären die stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, Sepp Müller, und der SPD-Fraktion, Armand Zorn:

„Die Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und SPD haben schnell gehandelt: Gestern (Donnerstag, 26. März 2026), haben wir das Kraftstoffmaßnahmenpaket im Deutschen Bundestag verabschiedet, heute hat es den Bundesrat passiert und wird somit Anfang April in Kraft treten können.

Innerhalb von nur zwei Wochen reagiert die Koalition auf die im europäischen Vergleich überdurchschnittlichen Preissteigerungen bei Kraftstoffen in Deutschland, für die die Mineralölunternehmen keine ausreichende Erklärung geben konnten. Mit dem ‚Österreich-Modell‘, insbesondere aber mit den Änderungen im Kartellrecht stärken wir den Wettbewerb und Transparenz auf dem Kraftstoffmarkt.

Allein die Ankündigung hat einen Effekt: im europäischen Vergleich hat sich die Preisentwicklung in Deutschland deutlich abgeflacht.



Gleichzeitig stellen wir fest, dass die Märkte sich auf ein längerfristiges Szenario mit dauerhaft erhöhten Rohöl- und Gaspreisen einstellen. Sollte dieses Szenario eintreten, wird sich das negativ auf Wirtschaftswachstum und Inflation auswirken und zusätzliche Belastungen für Unternehmen und Verbraucher mit sich bringen.

Die Task Force hat sich deshalb heute mit der Entwicklung auf dem Gasmarkt und möglichen Auswirkungen auf Landwirtschaft und Lebensmittel im Mittelpunkt beschäftigt und die

Lage gemeinsam mit Vertretern der Bundesregierung, von Unternehmensverbänden und Verbraucherschützern erörtert. Wir beobachten die Situation weiterhin genau und handeln im Bedarfsfall schnell.

Wir haben uns darauf verständigt, weitere Maßnahmen zur Entlastung ergebnisoffen zu prüfen. Maßgeblich sind dabei sowohl Zielgenauigkeit, Nachhaltigkeit und der geeignete Zeitpunkt der Entlastungen, als auch die entstehenden Kosten.

Unsere Prüfaufträge umfassen die Möglichkeit einer temporären Entlastung über die Pendlerpauschale und Mobilitätsprämie, eine Pauschalentlastung über die Daten der KfZ-Steuer, eine befristete Absenkung der Energiesteuer und die Senkung der Stromsteuer für alle. Auch mögliche weitere preisdämpfende Maßnahmen wie eine Margenbegrenzung über einen Spritpreisdeckel sowie die Aktivierung von Kohlekraftwerken aus der Kraftwerksreserve werden geprüft, ebenso wie die Option der Einführung einer Übergewinnsteuer zur Gegenfinanzierung.

So sind wir in den kommenden Wochen bei Bedarf und in enger Abstimmung mit der Bundesregierung in der Lage, weitere Maßnahmen in kurzer Frist im parlamentarischen Verfahren umzusetzen.“